



Europa Newsletter

Sabine Verheyen

Ihre CDU-Europaabgeordnete

Januar 2021

Aus dem Plenum

EU-Impfstrategie

Gemeinsam ist man stärker, und das gilt insbesondere in Verhandlungen. Die EU konnte mit den Impfstoffherstellern besser verhandeln als es die einzelnen Mitgliedstaaten allein gekonnt hätten. Die EU-Kommission hat genug Impfstoff für alle Bürgerinnen und Bürger in Europa gesichert, allein 760 Millionen Impfdosen der bereits zugelassenen Impfstoffe von BioNTech/Pfizer und Moderna. Dazu kommen Verträge mit AstraZeneca, Johnson & Johnson, CureVac und Sanofi-GSK.

Es war ebenso richtig, nicht nur auf "ein Pferd" zu setzen und Verträge mit einer Mischung aus jungen Unternehmen und etablierten Pharmaherstellern mit unterschiedlichen Produktionstechnologien abzuschließen. Im Sommer konnte noch niemand vorhersehen, welcher Impfstoff zuerst verfügbar sein würde.

[Erfahren Sie hier mehr über die EU-Impfstrategie.](#)

Europäisches Jahr des Kulturerbes

Wir in Europa können stolz auf unser gemeinsames kulturelles Erbe sein, das ein Spiegelbild unserer gemeinsamen Identität ist, ein Zeugnis unserer reichen Geschichte und der Einheit der europäischen Zivilisation durch die Vielfalt unserer kulturellen Traditionen. Eines ist klar: Der Schutz unseres kulturellen Erbes ist unsere Pflicht. Wir müssen es pflegen und hegen, um es für die zukünftigen Generationen zu bewahren.

Unser Kulturerbe ist auch ein Wirtschaftsfaktor: Es sind etwa 300.000 Menschen in Europa in diesem Sektor beschäftigt, fast 8 Millionen Arbeitsplätze in Europa sind indirekt damit verbunden. 4 von 10 Menschen entscheiden sich bei der Wahl ihres Urlaubsziels nach dem kulturellen Angebot. Der diese Woche im Plenum verabschiedete Bericht weist zu Recht darauf hin, dass der Kulturtourismus ein Gleichgewicht zwischen wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und ökologischen Anforderungen herstellen muss.

Eine der Prioritäten der EVP, die sich im Bericht wiederfindet, ist die Aufforderung an die Kommission, in Zukunft ein weiteres Europäisches Jahr des Kulturerbes zu organisieren. Dies ist ein erster Schritt, das Jahr des Kulturerbes als tragfähige Initiative langfristig zu etablieren. Außerdem müssen wir uns damit beschäftigen, wie wir Digitalisierung auch für unser Kulturerbe nutzen können.

[Hier finden Sie meinen Wortbeitrag im Plenum zum Europäischen Jahr des Kulturerbes.](#)

Vorstellung des Tätigkeitsprogramms des portugiesischen EU-Ratsvorsitzes

Inmitten der Corona-Krise hat Portugal am 1. Januar 2021 den Ratsvorsitz von Deutschland übernommen. Der portugiesische Ministerpräsident António Costa debattierte diese Woche mit den Abgeordneten über die Prioritäten des Programms für die sechsmonatige EU-Ratspräsidentschaft. Portugal ist entschlossen, ein widerstandsfähiges, soziales, ökologisches, digitales und globales Europa zu fördern. Das Motto der Präsidentschaft lautet: "Zeit für Ergebnisse: eine faire, grüne und digitale Erholung". In den nächsten sechs Monaten geht es vor allem weiterhin um die Corona-Krise und eine erfolgreiche Impfstrategie sowie den wirtschaftlichen und sozialen Aufschwung auf der Grundlage des digitalen und klimatischen Wandels.

[Lesen Sie den Beitrag hier weiter.](#)

Künstliche Intelligenz

Ob beim Militär, im Gesundheitswesen oder im Justizbereich: Als EVP-Fraktion wollen wir, dass Systeme der Künstlichen Intelligenz (KI) immer einer sinnvollen menschlichen Kontrolle unterliegen. Zudem wollen wir Massenüberwachung und Missbrauch verhindern. Aber das kann nicht bedeuten, Gesichtserkennung ganz zu verbieten. Es gibt harmlose und nützliche Anwendungen für die Gesichtserkennung, die die persönliche Sicherheit erhöhen. Diese sollten nicht verboten, sondern reguliert werden. Der Bericht, der diese Woche im Plenum zur Abstimmung stand, schlägt Richtlinien für die militärische und zivile Nutzung von Systemen der Künstlichen Intelligenz vor. So muss unserer Ansicht nach der Mensch im letzten Schritt immer die Kontrolle über die Anwendungen haben und dafür verantwortlich gemacht werden. Dies sollte sowohl die militärische als auch die nicht-militärische Nutzung betreffen.

[Erfahren Sie hier über das Thema Künstliche Intelligenz.](#)

Beziehungen zwischen der EU und den USA

Am 20. Januar wurde Joe Biden als neuer Präsident der Vereinigten Staaten vereidigt. Seine Amtseinführung bietet die Chance, ein neues Kapitel in den EU-USA-Beziehungen aufzuschlagen. Im Plenum debattierten wir Abgeordnete darüber, wie die Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten künftig gestärkt werden könnte. Als CDU/CSU-Gruppe wollen wir mit dem neuen US-Präsidenten Joe Biden das transatlantische Verhältnis auf einem soliden Fundament neu aufbauen. Der Abgang Donald Trumps bietet die Möglichkeit, den Multilateralismus neu zu beleben. Dazu gehört, dass wir Europa stärken und bei Außen- und Sicherheitspolitik entscheidungs- und handlungsfähig machen müssen. Gemeinsam müssen die EU und die USA zudem eine Führungsrolle bei globalen Standards im Handel, im digitalen Bereich oder im Energiesektor übernehmen und eine starke Allianz gegen antidemokratische Mächte in der Welt bilden.

[Lesen Sie den Beitrag hier weiter.](#)

Transeuropäisches Verkehrsnetz

Wir müssen die Verkehrsinfrastruktur in Europa zukunftsfit machen. Dazu gehört in erster Linie, die Netze zu modernisieren und sie nachhaltig zu gestalten. Der Ausbau des europaweiten Netzes von Eisenbahnstrecken, Straßen, Binnenwasserstraßen, Seeschiffahrtswegen, Häfen, Flughäfen und Bahnstationen muss vorangetrieben werden. Alle Verkehrsarten sollen berücksichtigt werden. Wir müssen jetzt den Grundstein für den Übergang zu einer intelligenten, nachhaltigen und sicheren Mobilität legen.

Europa muss im globalen Rennen um Wachstum, Wohlstand und Märkte seine Wettbewerbsfähigkeit sicherstellen. Dies wird nur gelingen, wenn die Verkehrswege des Binnenmarkts reibungslosen und effizienten Transport von Gütern und Personen ermöglichen. Unser Ziel ist es als EU, Lücken zu schließen und Engpässe sowie technische Barrieren zu beseitigen.

[Erfahren Sie hier mehr über das transeuropäische Verkehrsnetz.](#)

Durchsetzung internationaler Handelsregeln

Leider spielen im Welthandel nicht alle nach gemeinsam vereinbarten Regeln. Derzeit funktioniert der Streitbeilegungsmechanismus der Welthandelsorganisation durch eine Blockade einzelner Staaten nicht mehr. Dessen Aufgabe ist normalerweise dafür zu sorgen, dass im Welthandel alle den gemeinsam vereinbarten multilateralen Regeln folgen. Dagegen muss die Europäische Union gewappnet sein und heimische Unternehmen vor unlauterem Wettbewerb schützen können. Es war daher an der Zeit, die internationalen Handelsregeln auf europäischer Ebene zu überarbeiten.

Mit den nun verabschiedeten neuen Handelsregeln kann die Europäische Union Gegenmaßnahmen gegen diejenigen ergreifen, die globale Handelsregeln verletzen. Zudem wurde der Geltungsbereich auf geistige Eigentumsrechte und Dienstleistungen ausgeweitet.

[Lesen Sie den Beitrag hier weiter.](#)

Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik im Jahr 2020

Das Europaparlament hat diese Woche die Aktivitäten der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik im vergangenen Jahr bewertet. Die Welt um uns herum wird zunehmend instabiler mit Auswirkungen an den östlichen und südlichen Grenzen des europäischen Kontinents. Mit dem Jahresbericht zur Umsetzung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik bekräftigt das Europäische Parlament die Forderung, das außenpolitische Handeln der EU souveräner und unabhängiger zu machen. Hier gibt es ein großes ungenutztes Potenzial.

Die COVID-19-Pandemie ist auch ein Weckruf für eine stärkere, einheitlichere und durchsetzungsfähigere Außen- und Sicherheitspolitik. Die EU sollte weiterhin ein zuverlässiger "partner of choice" in einer sich wandelnden geopolitischen Ordnung sein.

Wenn wir ein ernstzunehmender globaler Akteur sein wollen, müssen neue Ambitionen und ein stärkerer politischer Wille formuliert werden. Die Entscheidungsfindung in Angelegenheiten der Außen- und Sicherheitspolitik ist häufig zu langsam oder ineffektiv. In ausgewählten Fragen sollte von dem Prinzip der Einstimmigkeit zu qualifizierten Mehrheitsentscheidungen übergegangen werden, beispielsweise bei Sanktionen wegen Menschenrechtsverletzungen.

Mittel- bis langfristig geht es darum, die gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik kontinuierlich weiterzuentwickeln mit der Perspektive einer vollwertigen Verteidigungsunion. Es müssen aktiv Fähigkeiten aufgebaut werden, um eine Krisensituation objektiv zu beurteilen, unabhängig Entscheidungen zu treffen und eigenständig zu handeln.

Es gilt, unsere europäischen Werte und Interessen zu verteidigen und global Verantwortung zu übernehmen, um weltweit einen Beitrag für Frieden und Stabilität zu leisten.

Veranstaltungstipp

„Null Toleranz gegen Kindesmissbrauch! – Gemeinsam für (digitalen) Kinderschutz in Europa“

Im Rahmen der neuen Online-Reihe #euvernetzt diskutieren wir, die CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion, mit Verbänden, Think Tanks, Unternehmen und anderen Entscheidern über aktuelle Themen auf der europäischen Agenda. Wir laden Sie herzlich zu unserer Auftaktveranstaltung: „Null Toleranz gegen Kindesmissbrauch! – Gemeinsam für (digitalen) Kinderschutz in Europa“ am **27. Januar 2021, 19.30 bis 21.00 Uhr (auf Webex)** ein. Zu den Gästen gehören u.a. Herbert Reul, Minister des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen (Impuls). [Hier finden Sie weitere Infos zur Veranstaltung.](#)

Sabine Verheyen, Mitglied des Europäischen Parlaments, Europabüro Aachen, Monheimsallee 37, 52062 Aachen. Sie erhalten diese E-Mail, weil Sie Ihre E-Mail-Adresse in unseren Verteiler haben eintragen lassen. Unsere Datenschutzerklärung ist unter folgendem Link verfügbar: <https://www.sabine-verheyen.de/datenschutzerklaerung/>. Zum Abbestellen unseres Newsletters klicken Sie bitte auf folgenden Link: [Abbestellen](#)